

Prinzip Entwicklungshilfe

Rational oder vernünftig?

Das ökonomische Prinzip hat den rationalen Einsatz der wirtschaftlichen Mittel zum Gegenstand. Es kommt in zwei Formen vor, dem Maximal- und dem Minimalprinzip. Das Maximalprinzip verlangt, die verfügbaren Mittel so einzusetzen, daß höchste Produktionsmengen erreicht werden. Das Minimalprinzip verlangt, daß die gesetzten Ziele mit dem geringst möglichen Mitteleinsatz erreicht werden. Die dahinter stehende Vernunft ist rein instrumentell auf Mittel-Zweck-Relationen ausgerichtet, die Ziele selber können durchaus unvernünftig sein. In Lehrbüchern steht deshalb, meistens im ersten Kapitel, daß die Wirtschaft keine immanenten Ziele kenne, ihr diese folglich von außen vorgegeben werden müssen.

Für einen weitgehend besiedelten Planeten bietet sich – bei vernünftiger Betrachtung – das Minimalprinzip an, schon um die knappen Ressourcen zu schonen. In der Praxis wird es allerdings kaum angewendet. Nahezu alle Wirtschaftseinheiten und alle Volkswirtschaften streben nach Wachstum, in Deutschland ist die Exekutive sogar gesetzlich verpflichtet, das Wachstum der Wirtschaft zu fördern. Das Schlagwort Globalisierung kennzeichnet einen Entwicklungsstand der Weltwirtschaft, der einen Wettkampf aller gegen alle bedeutet. Wie bei den meisten Wettkämpfen, gibt es Sieger und Verlierer. Historisch erworbene Handicaps bleiben überdies erhalten, so daß vor allem eines wächst: der Abstand zwischen den Ersten und den Letzten.

Wachstum ist nötig, solange die Weltbevölkerung wächst und Güter für die Grundversorgung bereit gestellt werden müssen. Wachstum ist willkommen, sofern dabei die Ressourcen geschont werden, also zum Beispiel durch vermehrte persönliche Dienstleistungen, die – wie alle personalintensiven Aktivitäten – dem Einzelnen und den für die Globalsteuerung Verantwortlichen besonders willkommen sind. Ein nicht benötigtes Wachstum aber, das zu Lasten der Umwelt beziehungsweise nicht erneuerbarer Bodenschätze geht, ist offenbar unvernünftig und sollte keineswegs geduldet oder sogar staatlich gefördert werden, wenn es so etwas wie eine gemeinsame Verantwortung für den Planeten gäbe.

Das Maximalprinzip verschafft einer blinden Rationalität grenzenlose Geltung. Es stellt mit dem wirtschaftlichen Erfolg einen Maßstab zur Verfügung, der keine Orientierung an anderen Werten voraussetzt. Wozu braucht ein Mensch eine Milliarde Dollar? Was in solchem Klima wächst, ist letztlich der Urwald in uns. Warum tun wir uns mit dem gleichermaßen rationalen Minimalprinzip so schwer? Weil die Ziele, die mit geringst möglichem Aufwand zu realisieren wären, einen Konsens erfordern, der nicht zu haben ist? Das wäre eine Tautologie, die nicht mehr besagt, als daß wir eben nicht wollen. Vielleicht ist der Mensch, als Art, von der Natur nicht zu Ende programmiert, vielleicht müssen wir die Fortsetzung der größten

»Erfolgsgeschichte« seit Ende der Kreidezeit selber bestimmen – und das nicht durch Herumexperimentieren am genetischen Code.

In den reichen Ländern wächst die Armut, die Entwicklungsländer holen tapfer auf (gemessen am Wachstum ihrer Bruttoinlandsprodukte), ohne auch nur den Abstand zu den entwickelten Ländern halten zu können. Die Kosovo-Hilfe dient aktuell als Anlaß, die Entwicklungshilfe weltweit zu reduzieren. Ihren höchsten Stand erreichte sie 1991 mit knapp 63 Mrd. \$, 1996 waren es nur noch knapp 35 Mrd., das erklärte Ziel, jährlich 0,7% des BIP an Entwicklungshilfe zu leisten, verfehlen alle reichen Länder, außer den nordischen, seit Jahren. Die Entwicklungshilfeleistungen der USA, die Haushaltsüberschüsse erwirtschaften, also keine öffentliche Not leiden, sind auf unter 0,2% gefallen. – Die Rationalität hat im auslaufenden Jahrhundert Triumphe gefeiert, im kommenden sollte die Vernunft eine Chance erhalten.

Welthandel

Jeder für sich, wir für uns alle

Die anstehende Millenniumsrunde der Welthandelsorganisation (WTO) ist ein Forum, auf dem die Mitglieder die Chance haben, sowohl für sich als auch gemeinschaftlich für alle zu agieren. Die Globalisierung als ein wertfreies Phänomen kann ihre historische Legitimität nur aus dem wachsenden Zusammenhalt der Menschheit beziehen. Wirtschaftliche Erfolge sind dabei hilfreich, aber ihrer Natur nach Mittel, nicht das Ziel. Die Welthandelsorganisation hat sich zwar – ihrer Aufgabenstellung gemäß – in erster Linie um den freien Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zu bemühen, aber ihre Mitglieder sind Staaten, keine Interessenvertreter, und können sich ihrer Verantwortung in keinem Bereich ihres Handelns entziehen. Ein positives Signal des neuen Generaldirektors Moore ist in diesem Sinne die Ankündigung, sich vor allem für die ärmsten Volkswirtschaften einzusetzen sowie den Nichtmitgliedern und den Nichtregierungsorganisationen (NGO) mehr Mitsprache einzuräumen.

Es wird gerungen werden und gefeilscht, dagegen ist auf unterer Ebene auch gar nichts einzuwenden. Blauäugigkeit bringt uns nicht weiter. Tiefgehende Konflikte sollten allerdings durch Orientierung an höheren Zielen gelöst werden. Leon Brittan, Vizepräsident der scheidenden EU-Kommission und Mitglied der renommierten London School of Economics, legte ein Sieben-Punkte-Programm vor, das zeigt, wie verantwortliches Handeln der weiteren Entwicklung Ziele setzen kann. Seine Sorge, vielmehr, wie man in diesem Zusammenhang sagen kann: seine Fürsorge, gilt dabei den ärmsten Entwicklungsländern (LLDC genannt).

Sir Leon fordert insbesondere, daß

- die noch immer bestehenden Hochzölle gestrichen werden,
- die LLDC freien Marktzugang erhalten, vor allem zu den ihnen wichtigen Märkten für landwirtschaftliche Produkte und Textilien – und dies spätestens 2003, also vor dem erwarteten Abschluß der Verhandlungsrunde,
- neue Abkommen (zum Beispiel zum Investitionsschutz und zur Vereinheitlichung von Wettbewerbsregeln) in jedem Fall die Belange der LLDC berücksichtigen sollen, vor allem sollen dabei Vorschläge aus dem Kreis dieser Länder ernsthaft geprüft werden,
- die internationalen Institutionen ihre Aktivitäten besser aufeinander abstimmen sollen, um die Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der LLDC zu verbessern.

Wenn die EU in der Millenniumsrunde mehrheitlich eine solche Verhandlungsposition vertreten sollte, wäre sie in der Tat aus dem Schatten des ausgehenden Jahrhunderts getreten. Die Aussitzungs- und Verschleppungsstrategie in Konfliktfällen sowie die Töne, die außerdem aus EU-Mitgliedstaaten zu vernehmen sind, schwächen diese Erwartung beträchtlich ab.

Eine weitere wesentliche Bedrohung unterentwickelter Volkswirtschaften ist längst auf den Weg gebracht: das TRIPS-Abkommen zum Schutz geistigen Eigentums. Die Biotechnologie verlangt mit einer – aus der Interessenlage der in dieser Branche tätigen Unternehmen heraus betrachtet – gewissen Folgerichtigkeit vorausschauend den Schutz ihrer »Erfindungen« zu einem Zeitpunkt, da sie sich anschickt, die natürliche Natur vorzugsweise als Gen-Reservoir zu nutzen und industriell durch eine künstliche, und das heißt auch: eine patentfähige, zu ersetzen (»Bio-Diversifikation«). Wenn die Weltmärkte erst auf »Marken«-Tiere und -Pflanzen sowie auf Produkte daraus ausgerichtet sein werden, wird die Abwehr von landwirtschaftlichen Einfuhren aus Entwicklungsländern durch die entwickelten Länder ohnehin nicht mehr nötig sein.

Deutschland

Außenwirtschaft

Wende zur Jahresmitte?

Zur Zeit findet man Belege für nahezu jede Annahme über die Binnenkonjunktur und die Entwicklung der deutschen Außenwirtschaft: Es geht aufwärts, es geht abwärts, es stagniert. Mal sind es Phänomene der Statistik, genauer gesagt: der Umstellung der amtlichen Statistik, mal sind es Erscheinungen, die eigentlich nur im Lichte der Vorbereitung auf den Euro zu interpretieren sind (wie die vorübergehende Zunahme der ausländischen Direktinvestitionen im ersten Halbjahr 1998), mal sind es saisonale Schwankungen, mal gesamteuropäische Trends, welche die nationalen überlagern.

Das erste Halbjahr 1999 schloß mit einem – auf den Monat bezogen – positiven Eindruck, worin eine Trendwende zu sehen, allerdings einer gewissen Kühnheit bedarf. Nicht, daß diese nicht möglich wäre, sie ist nur nicht konkret in Sicht. Dennoch ist der Eindruck allgemein, daß Exportüberschüsse nach wie vor der wichtigste Motor der Gesamtkonjunktur sind. Die Exporte beliefen sich auf 474 Mrd. DM – 1% weniger als im ersten Halbjahr 1998 bei 1% Zuwachs der Exporte in die anderen EU-Länder. Die Importe verfehlten mit 411,4 Mrd. DM das entsprechende Vorjahresergebnis um 1,2%.

Frankreich ist nach wie vor der wichtigste Handelspartner in beiden Richtungen: 11,9% der Exporte flossen dort hin (5% mehr als im Vorjahrszeitraum), 11% der Importe stammten von dort. Unter den Gewinnern auf der Rangliste ragt Finnland heraus, das nach Platz 21 nun Platz 17 belegt: Offenbar gehören die Verständigungsprobleme mehr der diplomatischen als der kaufmännischen Sphäre an. Japan hat als Zielland der deutschen Exportwirtschaft endlich wieder zugelegt (um 5,1%), Rußland dagegen hat weiter dramatisch verloren: um 53,5%. In den Summen haben die Ausfuhren im Vergleich zum 1. Halbjahr 1998 um 1,1% abgenommen, die Einfuhren um 0,1%.

Sparpak(e)t

Des einen Eul' ...

Der als solcher nicht umstrittene staatliche Zwang zu sparen, führt dazu, daß Fragen nach der Berechtigung mancher Ausgaben gestellt werden und, untrennbar damit verbunden, auch mancher Einnahmen. Bei den Abgaben an den Staat soll die Leistungsfähigkeit berücksichtigt werden, beim Rückfluß solcher Mittel an die Bürger die generelle Berechtigung bestimmter Transferzahlungen und deren Angemessenheit im Einzelfall. Immerhin finanziert der Staat nicht nur seine originären Aufgaben durch die Abgaben, was legitim ist, sondern arbeitet auch als riesige Umverteilungsmaschine, und dieses nicht zuletzt durch Verzinsung und Tilgung seiner enormen Schulden, womit der Kreis geschlossen ist: Es muß gespart werden!

Die Sicht der Bürger korrespondiert diesen Grundsätzen keineswegs. Die sogenannte Steuertraglast ruht vor allem auf den Schultern derjenigen, die sich den Abgabeforderungen nicht wirksam entziehen können, wie am Beispiel der Quellensteuern auf Kapitalerträge einerseits und auf Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit andererseits sichtbar ist. Die sorgsam vermiedenen Abgaben mindern umgekehrt nicht die Forderungen an den Fiskus nach Unterstützung und Entlastung. Die Diskussion des Sparpaketes der Bundesregierung in den Kreisen der Betroffenen läßt deshalb als allgemeinen Nenner nur erkennen, daß jeder möglichst weniger oder jedenfalls nicht mehr zahlen und möglichst mehr oder jedenfalls nicht weniger empfangen will, womit der Kreis wiederum geschlossen ist: Es muß gespart werden!

Das System der staatlichen Förderung steht schon deshalb unter Beschuß, weil es ein solches System nicht gibt. Es wird gefördert, Punkt, auf allen Ebenen und trotz allseitiger Finanznot. Das heißt, es wird den Bürgern (ungleichmäßig) Geld entzogen beziehungsweise durch Steuerverzicht belassen, und es fließt (ungleichmäßig) Geld an die Bürger zurück. Die zu den konstituierenden Bedingungen eines freiheitlich-demokratischen Staates gehörende Garantie des privaten Eigentums darf allerdings nur aus gutem Grund durchbrochen werden.

Jeder soll studieren können – müssen deshalb alle Studienplätze subventioniert werden, statt daß die Bedürftigen direkt unterstützt werden? Jeder soll sich Theaterbesuche leisten können – ist das ein Grund, die Institution zu fördern, statt Freikarten zu verteilen? Ist die Erhaltung nicht mehr konkurrenzfähiger Wirtschaftszweige ein guter Grund oder der private Erwerb von Immobilien oder die Errichtung von Gewerbegebäuden, unabhängig davon, ob sie benötigt werden? Die Empfänger meinen: ja, die Zahler wären froh, weniger leisten zu müssen, um sich selber mehr leisten zu können, vielleicht privaten Immobilienerwerb, vielleicht eine private Altersversorgung neben, später einmal: anstelle, der staatlich verordneten.

Die Anspruchshaltung ist nur zum Teil mentalitätsmäßig verankert, um nicht zu sagen: allgemein menschlich (wer empfängt nicht gern Geschenke?), sie wird auch genährt durch die Überzeugung vieler Bürger, per Saldo, vor allem im Vergleich zu anderen Bürgern beziehungsweise seiner oder deren Leistungsfähigkeit, übermäßig belastet zu werden und diese Last nur im Wege der Durchsetzung von Forderungen mildern zu können. Die Umverteilungsmaschine befriedigt nicht nur Forderungen, sie produziert sie auch. (Und auf EU-Ebene wiederholt sich das ganze noch einmal.) So wächst kein Baum, so wächst ein Luftballon, und, bevor der platzt, richtig: da muß gespart werden – bei den Ausgaben, bei den Einnahmen, und, bitte, auch beim Erfinden absurder Begriffe wie der ominösen »Gegenfinanzierung«!

Rentensystem

Reform nötig und möglich

Bismarck wollte der »Socialdemokratie« den Wind aus den Segeln nehmen und schuf ein System der obligatorischen Daseinsvorsorge, insbesondere für die Arbeiterschaft, die auf ihre Revolution verzichten sollte. Die Revolution kam trotzdem und brachte der Monarchie das Ende – nicht aber die Sozialversicherung. Nach dem zweiten Weltkrieg war man in dieser Hinsicht wieder bei Null angelangt und ließ das alte System aus Not wieder aufleben. Einmal angelaufen, unterwarf man den Generationenvertrag dann noch mancher, auch substantiellen Änderung, stellte ihn aber insgesamt auch dann nicht mehr in Frage, als es finanziell möglich gewesen wäre, einen Rentenfonds aufzubauen (der seinerseits nicht ohne Risiken zu haben gewesen wäre).

Die aktuellen Probleme sind bekannt. Der Anteil der Rentner steigt, die Lebensdauer ebenfalls, die Beiträge der Aktiven erreichen absolut und relativ zum Ein-

kommen immer höhere Werte. Geburtenraten unterhalb der Reproduktionsschwelle und Wanderungsverluste verschärfen die Situation ebenso wie versicherungsfremde Leistungen und Erblasten aus der deutschen Vereinigung sowie die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit. Ein Ausgleich zwischen Beitragszahlern und Rentenempfängern zu finden, ist schwer: Die einen wollen genug zum Leben übrig behalten, die andern haben jahrzehntelang unter staatlichem Zwang eingezahlt und können größere Einschnitte weder verstehen noch verkraften.

In dieser Situation machte Wilhelm Hankel im Handelsblatt einen Vorschlag, der geeignet ist, die Verkrustung zu sprengen. Er sieht die Rente als eine Art »Alterssteuer«, die »sich die Gesellschaft selbst auferlegt, um das abzugelten, was die ältere Generation der heutigen hinterlässt – an Wissen, Erfahrung, Arbeitsplätzen, Infrastruktur und Ausbildung.« Deshalb sieht er die Gesellschaft insgesamt (nicht nur die Versicherten) in der Pflicht, die laufenden Rentenzahlungen zu finanzieren und verweist auf positive Beispiele in den USA und der Schweiz. Zugleich erinnert er daran, daß das Ausscheiden der Aktiven mit 65 kein Naturgesetz sei. Beschäftigungsprobleme schließlich rechtfertigen seiner Ansicht nach grundsätzlich kein Herumdoktern an den Sozialsystemen. Es ist demnach möglich, die Renten zu sichern, die Beitragszahler zu entlasten, die Lohnnebenkosten zu senken und den Transfer dauerhaft sicherzustellen.

Europäische Union

EU-WTO

Säbelrasseln

Die enervierenden Kleinkriege aufgrund von Verstößen gegen WTO-Regeln sind zwar nicht beigelegt, aber weitgehend aus den Schlagzeilen geraten. Die weitere Entwicklung des WTO-Regelwerkes selber, die Gegenstand der Millenniumsrunde ist (welche im November in Seattle beginnen und nicht länger als drei Jahre dauern soll), geraten immer stärker hinein. Die Vorbereitungen auf beiden Seiten des Atlantiks laufen so, daß man kaum glauben mag, beide »Blöcke« bereiten sich auf die selbe Veranstaltung vor.

Der Versuch, für die eigene Wirtschaft vorteilhafte Regelungen durchzusetzen, taugt nicht zur Unterscheidung, entsprechende Vorwürfe sind bloße Mätzchen. Auch die Beobachtung, daß die Vehemenz, mit der eine Forderung vorgebracht wird, dann am größten ist, wenn andere sich bewegen, zum Beispiel bestimmte Zölle senken sollen, taugt nicht dazu. Schließlich überrascht es niemanden, daß auf allen Seiten taktische Positionen aufgebaut werden, welche die strategischen Ziele nicht unverzerrt preisgeben.

Die USA wollen eine überschaubare Menge von Zielen erreichen, diese aber bestimmt. Selbstverständlich gehören unbehinderte Exporte landwirtschaftlicher (beziehungsweise in Laboratorien zusammengehexter) Produkte dazu. Die EU will

nicht viel weniger als eine wirtschaftliche und soziale Weltordnung erreichen. Dazu zählen Abkommen über den Dienstleistungsverkehr, den Investitionsschutz, über Sozialstandards und den Umweltschutz. Relativ unbedeutende Themen, wie die Öffnung der Märkte für Agrarimporte sollen dabei möglichst in den Hintergrund treten.

Trotz aller Umstände sind die Positionen klar zu erkennen: Die Amerikaner wollen vor allem das durchsetzen, was die Europäer standhaft verweigern, und umgekehrt. Über den Rest (miteinander) zu verhandeln, lohnt kaum den Aufwand. Mit dem offenen Dissens im Agrarbereich ging bekanntlich auch die schier endlose Uruguay-Runde zu Ende – einem Dissens, der als sogenannte »built-in-agenda« in der neuen WTO-Runde wieder auflebt. Die neuen Forderungen gehen weit über die alten hinaus: Die Cairns-Staaten wollen die »blue box« abschaffen (die in Grenzen geduldete Stützung der Landwirtschaft), die Europäer wollen das nicht, dafür aber Lebensmittelsicherheit sowie umweltschonende agrarische Produktionsweisen durchsetzen. Von einer wesentlichen Annäherung seit Ende der letzten Runde kann nicht einmal im Handel mit Produkten des primären Sektors die Rede sein. So viel zu der Not der Satten.

EU–AKP-Staaten

Auf ein Neues?

Ende Februar nächsten Jahres läuft das aktuelle Abkommen der EU mit den AKP-Staaten aus (den ehemaligen europäischen Kolonien in Afrika, der Karibik und der Pazifikregion sowie den ihnen gleichgestellten Staaten). Einigkeit herrscht darüber, daß ein nahtloser Übergang sichergestellt werden muß. Die Entwicklung der letzten Jahre kann dabei nicht als Bestätigung für die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges gedeutet werden: sie haben weder in den Ländern selber noch in ihren Wirtschaftsbeziehungen zur EU auch nur entfernt die Erfolge gebracht, welche die Kosten des Abkommens erwarten lassen. Ein neues Abkommen, selbst wenn es den festen Willen zu mehr Effizienz erkennen ließe, kann außerdem nicht unabhängig von der anstehenden Welthandelsrunde abgeschlossen werden, was die Verhandlungen nicht erleichtern wird.

Die Millenniumsrunde muß einen zeitlichen Rahmen abstecken, innerhalb dessen der Agrarprotektionismus der entwickelten Länder abgebaut werden muß. Der unselige Bananenstreit läßt ahnen, wie es dabei zugehen wird. Viel Raum für wirtschaftliche Vorteile der AKP-Staaten gegenüber anderen Drittstaaten wird nicht bleiben und im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern überhaupt keiner. Mit diesem schrumpfenden Pfund will die EU gleichwohl wuchern und mehr Druck auf die Staatsführungen ausüben. Die Menschenrechte sollen stärker beachtet werden, Korruption und Vetternwirtschaft sollen ein Grund zur Aussetzung jeglicher Hilfe sein (der Aufschrei war allgemein), die Haushaltsführung soll transparent sein. Viel

mehr als ein formvollendetes Scheitern einer gut gemeinten Anstrengung ist für die Dauer wohl kaum zu erwarten.

EU-MERCOSUR

Letzter Anlauf

Die Staaten des MERCOSUR sind entschlossen, ihr wirtschaftliches Wachstum im Verbund zu suchen. Als verlockend erscheinen ihnen Freihandelsabkommen mit der EU sowie mit der NAFTA und anderen amerikanischen Zonen und Staaten (mit der Zielvorstellung einer panamerikanischen Freihandelszone von Alaska bis Feuerland).

Das Ziel eines Abkommens mit der EU ist verbunden mit der Vorstellung, nicht in allzu starke Abhängigkeit von den USA zu geraten, die bereits jetzt mehr als 43% (Tendenz: steigend) der Importe auf sich vereinen (die EU hält noch ganze 16%, Tendenz: fallend). Das Beispiel Mexikos zeigt, welche positiven Folgen der Freihandel hat (mit den USA und Kanada) und welche negativen, wenn er nicht zustande gebracht wird (wie mit der EU).

Die bisher unternommenen Anläufe haben nicht zum Ziel geführt, gebremst wurde vor allem auf europäischer Seite, wo allen voran Frankreich seine Agrarinteressen gegen die Industrieinteressen der meisten anderen Mitgliedstaaten durchsetzte. Seit dem Gipfel von Rio, der im Juni stattfand, sprechen Optimisten von einer Wende in den Beziehungen. Das Verhandlungsmandat der EU sieht allerdings vor, daß erst im Jahr 2001 weiter verhandelt wird. Hier wird offenbar mit Blick auf die Millenniumsrunde der WTO weiter »gemauert«.

EU-Türkei

Bewegt sich was?

Die Erdbeben scheinen die fest gefügte Gegnerschaft der Nachbarstaaten Griechenland und Türkei erschüttert zu haben. Die diplomatischen Versuche der deutschen und der finnischen Präsidentschaften wurden schon vorher durch direkte Kontakte verstärkt, welche die Bevölkerungen in einer als gemeinsames Schicksal empfundenen Not eindrucksvoll begrüßten. Die Gründe, welche bisher die Annäherung verzögerten, sind nicht wegfallen, aber der tiefste Grund, daß die Europäer die Türken weder in ihrer Gemeinschaft haben, noch dieses offen zugeben wollten, scheint zurückzutreten.

Eine Wirtschaftsgemeinschaft ist keine Glaubensgemeinschaft, und als Wertegemeinschaft ist sie eingebettet in die sogenannte internationale Staatengemeinschaft, die – unabhängig von diesem Einzelfall – als eine gelebte Wertegemeinschaft noch lange nicht anzusehen ist. Wenn aber die Schaffung einer globalen Wertegemeinschaft das Ziel ist, dann muß die Annäherung doch wohl gerade dort (und zumal unter Nachbarn) immer wieder ernsthaft versucht werden, wo die Wertevorstellungen und Traditionen auseinander klaffen. Mit welchen stichhaltigen

Gründen können die europäischen Nato-Staaten ihrem Bündnispartner an der Nahtstelle zwischen Orient und Okzident, an der Grenze zum ehemaligen Ostblock, die wirtschaftliche Gemeinschaft verweigern? Wird das Trennende nicht eher überwunden, wenn es eine reale Perspektive des Zusammenwachsens gibt? Hat nicht die Nato-Mitgliedschaft letzten Endes die immer wieder drohende Schlacht um einige Ägäis-Inseln bisher verhindert?

Amerika

Kanada

Kommt die Namu?

In den meisten kanadischen Provinzen hat der Handel mit den USA (Nord-Süd-Handel) ein größeres Volumen als der Handel mit den anderen kanadischen Provinzen (Ost-West-Handel). Der interprovinzielle Handel ist im allgemeinen auch nicht einfacher in der Abwicklung. Vor Gründung der NAFTA war das Land bestrebt, die Abhängigkeit vom großen Nachbarn nicht übermächtig werden zu lassen, seither hat diese Abhängigkeit zugenommen. Wie eigenständig ist die kanadische Währung noch?

Die Bank of Canada hält traditionsbewußt an ihrer Souveränität fest. In einem im Sommer veröffentlichten Gutachten unabhängiger Wissenschaftler wird ihr allerdings bestritten, einen nennenswerten Spielraum für eine von den USA unabhängige Wechselkurspolitik zu haben. In dem Gutachten wird vorgeschlagen, den Kanadischen Dollar ganz aufzugeben. Als Ersatz wird, erkennbar nach dem Vorbild des Euro modelliert, eine gemeinsame Währung für die NAFTA, vielleicht auch darüber hinaus vorgeschlagen: die Namu (für: North American Monetary Union). Anders als in Europa, soll eine weitergehende Wirtschaftsunion damit allerdings nicht verbunden sein.

Für den Vorschlag spricht die enge Verflechtung der beiden Volkswirtschaften miteinander und mit der mexikanischen Wirtschaft (deren Maquiladora-Sektor ohnehin vorzugsweise in Dollar rechnet), hinzu kommt die Tatsache, daß der zunehmende elektronische Handel vorzugsweise in einer einzigen Währung abgewickelt wird, und das ist natürlich der US-Dollar. Eine Gemeinschaftswährung würde nomenklatorisch dem US-Dollar das Übergewicht nehmen, das er real behielte. Da erfahrungsgemäß Vorschläge, die im Sommer blühen, nur zu einem geringen Teil im Herbst zu Früchten heranreifen, bleibt die weitere Entwicklung aus europäischer Sicht entspannt abzuwarten.

USA

Adler im Gleitflug

Die amerikanische Konjunktur ist eine Stütze der Weltwirtschaft, eine Stütze, deren Wert in diesem Jahr auf 300 Mrd. \$ klettern dürfte: in dieser Höhe wird nämlich das

Defizit der amerikanischen Handelsbilanz erwartet. Die Gründe dafür sind vielfältig. Der inzwischen als praktisch beendet angesehene Höhenflug des Dollar ist ganz sicher einer der wichtigsten. Im Außenwert dieser Leitwährung kommen die unterschiedlichen Entwicklungen der Binnenkonjunkturen der großen amerikanischen Handelspartner im Vergleich zur amerikanischen ebenso zum Ausdruck wie Bewertungsunterschiede aus der Sphäre der Weltfinanzen. Diese Einflüsse sind der marktwirtschaftlichen Ordnung immanent und vorübergehender Natur. Letztlich ist das Defizit ein Vertrauensbeweis der Exporteure in die amerikanische Wirtschaft.

Hinzu kommen einige fundamentale Einflüsse, die auf unterschiedliche staatliche Gestaltungen zurückgehen. Die Dauerdefizite gegenüber Japan und China sind überwiegend »staatlich gestaltet« und als solche Gegenstände heftiger Kritik. Das Verhältnis zu den EU-Staaten wird getrübt durch den europäischen Agrarprotektionismus, aber auch durch Mentalitätsunterschiede, die nicht einfach als nichttarifäre Handelshemmnisse bewertet werden dürfen – auch wenn sie sich als solche auswirken. Die EU erschwert sich ihre Position unnötigerweise dadurch, daß sie gute und schlechte Gründe vermengt: die Ablehnung von Fleisch aus hormongestützter Aufzucht oder von Lebensmitteln aus Gen-Laboratorien hat eine andere Qualität als die leidige Bananenbiegerei.

Die Einflüsse aus der Weltkonjunktur müssen hingenommen werden, aber sie verstärken den Druck der amerikanischen Exportwirtschaft auf die amerikanische Regierung, die negativen Einflüsse aus der Sphäre der staatlichen Gestaltung stärker und schneller abbauen zu lassen. Eine wirkliche Not steht hinter diesen Forderungen freilich nicht. Das Defizit besteht ja immerhin seit 1976 und ist jährlich gewachsen. Die amerikanische Nettoschuldnerposition wird sich zum Jahresende mit 1,5 bis 2 Billionen \$ auf einen Bruchteil des amerikanischen Inlandsvermögens belaufen. Auf die anstehende WTO-Runde bereitet sich die amerikanische Delegation gleichwohl konzentriert vor: mit dem Bestreben, die Agenda kurz zu halten – und mit klaren Prioritäten. Auch hierin bezieht sie eine klare Gegenposition zu den Europäern, die wiederum gute und schlechte Karten mischen wollen. Hinzu kommt, daß mit dem allgemein erwarteten Ende des scheinbaren Dauer-Booms der amerikanischen Wirtschaft die Kraft, Importüberschüsse dieser Größenordnung zu absorbieren, spürbar nachlassen wird.

Mexiko

Solider Wachstumspfad

Lateinamerika: da verbinden sich Träume und Hoffnungen mit Realitäten, die meistens weniger schön sind. Man muß natürlich differenzieren, die Länder einzeln betrachten und auch die Freihandelszonen: die Karibische Gemeinschaft und den Andenpakt im Norden, den MERCOSUR im Süden, die Erdöl exportierenden Länder wie Venezuela auf der einen (denen es bei anziehenden Ölpreisen wieder besser geht), die Exporteure von landwirtschaftlichen Gütern (zu denen, wie die Verhält-

nisse in den Erzeuger- und den Abnehmerländern sind, auch Coca-Produkte zu rechnen sind) auf der andern Seite. Alles in allem aber gibt es derzeit vor allem ein Land in Lateinamerika, das einen gesunden Wachstumspfad eingeschlagen hat: Mexiko. Durch seine NAFTA-Zugehörigkeit stellt es ein Bindeglied zwischen dem sprachlich verbundenen mittel- und südamerikanischen Raum und dem wirtschaftlich verbundenen nordamerikanischen Kontinent dar.

Wie Kanada spürt auch Mexiko die wachsende Abhängigkeit von den US-Märkten. Zwar ist die positive Entwicklung mit 3% Wachstum bei nur noch 13% Inflationsrate auf den Sog der US-Importwirtschaft zurückzuführen, aber im Falle eines Nachlassens der US-Konjunktur will Mexiko gerüstet sein, andere Regionen verstärkt zu beliefern, um so einen Ausgleich zu schaffen. Diesem Zweck soll ein Freihandelsabkommen mit der EU dienen, das beide Partner möglichst noch in diesem Jahr abschließen wollen. Noch sind die Positionen auseinander, aber beide Seiten halten eine Einigung für möglich – vermutlich, weil landwirtschaftliche Produkte keine wesentliche Rolle dabei spielen. Die europäischen Bedenken haben vielmehr damit zu tun, daß ein Freihandelsabkommen alle NAFTA-Länder begünstigen, aber nur Mexiko umgekehrt zu Handelserleichterungen verpflichten würde. Deshalb sind insbesondere Ursprungsregeln umstritten. Mexiko wünscht niedrige Grenzen für die Mindestwertschöpfung im eigenen Land, Europa fürchtet verkappte amerikanische und kanadische Exporte zu Vorzugskonditionen. Auf jeden Fall wird die europäische Haltung auf dem ganzen Doppelkontinent beobachtet, ist doch, wie gesagt, Mexiko derzeit das einzige prosperierende Land Lateinamerikas und Europa aus gutem Grund auf der Suche nach neuen Absatzmärkten.

MERCOSUR

Auf zwei Beinen stehe ...

Die regionale Freihandelszone, die Lockungen der Weltmärkte, die Hoffnungen der Anleger, einen neuen Wachstumspol ausgemacht zu haben – die Globalisierung hat den südamerikanischen Kontinent längst erreicht. Die Kräfte werden allerdings noch ähnlich unzureichend beherrscht, wie im »Zauberlehrling« beschrieben.

Der MERCOSUR ist in erster Linie eine Zollunion zwischen Argentinien und Brasilien. Von Anfang an war eine dritte Macht mit im Bunde, die nun die ungesicherte Allianz zu sprengen droht: der US-Dollar. Argentinien band seinen Peso an den Dollar, Brasilien stabilisierte seinen Real zunächst auf erkennbar zu hohem Niveau. Argentinien versuchte, Brasilien dazu zu bringen, den Real ebenso an den Dollar zu binden, Brasilien aber entschloß sich, seine Währung (seit Januar) frei floaten zu lassen. (Chile, größtes assoziiertes Mitglied des MERCOSUR, hat sich diesem Schritt im September angeschlossen.) Die neue Beweglichkeit des Real hat zu einer Abwertung um ein Drittel geführt und brasilianische Produkte im Ausland verbilligt – vor allem im Nachbarland. Argentinien dagegen leidet nun unter der Unbeweglichkeit seiner Währung, die nicht mehr auf die binnenwirtschaftliche oder

die eigene außenwirtschaftliche Entwicklung reagieren kann. Die aktuelle Krise des MERCOSUR ist konstruktionsbedingt.

Asien und Australien

Südostasien

Krisensymptome verschwinden

Wirtschaftliche Krisen sind wie Krankheiten. Mit der Bekämpfung der Symptome ist es nicht getan: sie wollen verstanden werden, man muß ihnen auf den Grund gehen und möglichst nachhaltig auf die aus dem (dynamischen) Gleichgewicht geratenen Fundamentalkräfte einwirken. Die asiatische Krise von 1997 löste eine Art Schock aus, gefolgt von dem Bestreben, das unschöne Bild möglichst bald zu retuschieren. Die jetzt sichtbar werdenden Erfolge der Roßkur übertünchen abermals die fundamentalen Schwächen der Tiger-Region. Der IMF-Paß ist kein Gesundheitszeugnis.

Die Instabilität des einstigen Wachstumspols entstand aus dem Zusammenwirken mehrerer Ursachen: dem hohen Maß an Fremdfinanzierung, der Dominanz kurzer Laufzeiten in den Kapitalströmen (die zusammen zu einer enormen Volatilität führten), den Überkapazitäten in exportorientierten Branchen und schließlich einer Verstärkung durch Spekulation, welche insbesondere Aktienkurse und Immobilienpreise in die Höhe trieben. Historisch (also nicht konstruktionsbedingt) trat die Entwicklung in Japan hinzu, die dazu führte, daß die Einbrüche im Export so rasch und so stark erfolgten.

Die Ursachen bestehen weitgehend fort, einschließlich der japanischen Struktur- schwäche. Von einer Überwindung der Asienkrise kann nicht die Rede sein, im Gegenteil, daß offenkundig nicht viel daraus gelernt wurde, macht die Situation bedrohlich. Die Krise hat über die unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen hinaus den Zusammenhalt der Region, auch in Organisationen und Bündnissen (ASEAN, APEC und anderen), aufgeweicht. Der politische Konvergenzprozeß ist unterbrochen (Myanmar bewegt sich nicht, Indonesien setzt in Ost-Timor vor der Weltöffentlichkeit auf »ethnische Säuberungen«, die bei Erscheinen dieser Ausgabe ihr Ziel erreicht haben dürften), Demokratisierung und Liberalisierung kommen nicht voran. Japan als regionale Führungsmacht fällt ebenso aus wie, aus anderen Gründen, die USA als größte Macht des asiatisch-pazifischen Raumes. In Washington wird offenbar verstärkt auf globale Strategien gesetzt, weniger auf die Weiterentwicklung regionaler Bündnisse unterhalb der WTO.

China

Hinterm Seidenvorhang

Volkswirte lernen niemals aus. In China können sie studieren, wie ein Entwicklungsland mit nicht konvertibler Währung in eine bedrohliche deflationäre Situation

geraten kann. An der Überproduktion sind nicht nur die bekanntermaßen nicht mit normalen Maßstäben zu messenden, sozusagen »marktblinden« chinesischen Staatsbetriebe beteiligt, sondern auch andere. Die Exporte brechen ein, der überbewertete Yuan trägt zwar dazu bei, eine Abwertung allerdings könnte das Problem höchstens mildern, nicht lösen. Das Wachstum jedenfalls wird bei 8 erwartet – ob die Glückszahl vor oder nach dem Komma steht, wird man sehen.

Das eigentliche Problem stelle die Binnenkonjunktur dar, meinen wirtschaftliche Beobachter. Trotz großen Mangels an Gütern des täglichen und des gelegentlichen Bedarfs werde lieber gespart als konsumiert. Das eigentliche Problem stelle der Staatsapparat dar, meinen politische Beobachter. Unrentable Staatsbetriebe, staatliche Finanzinstitutionen, die keine Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung kennen (dafür aber alten Schlendrian und neue Veruntreuung), Garantien an die Adresse ausländischer Investoren, auf die im Notfall kein Verlaß ist, schaffen ein Klima der Unsicherheit. Das eigentliche Problem stellt der mild opalisierende Seidenvorhang dar, der allen Beobachtern entrückt, was dahinter vorgeht. Der 50. Geburtstag der Volksrepublik wird jedenfalls kein Anlaß sein, den Schleier zu lüften.

Europa

Frankreich

Die Scholle bebt

Die starke außenwirtschaftliche Verflechtung der französischen Wirtschaft, zumal mit Asien, hat das Land die Krise der jungen Tigerstaaten und Japans deutlich spüren lassen. Nachdem die Symptome dort abklingen, wächst die Wirtschaft wieder. 2,2 bis 2,5% BIP-Wachstum in diesem Jahr sind möglich, mit einer weiteren Zunahme im nächsten Jahr wird allgemein gerechnet. Die Arbeitslosigkeit wird weiter zurückgeführt, bleibt aber in dem Korridor zwischen dem europäischen und dem OECD-Durchschnitt. Insgesamt kommt das Land im europäischen Geleitzug überdurchschnittlich gut voran, woran auch die gefestigte Binnenkonjunktur einen beträchtlichen Anteil hat.

Das »Aber« hat wie so oft mit der Landwirtschaft zu tun. Das Stammland der Diplomatie hat es zwar meisterhaft verstanden, die eigene Position zur gemeinsamen europäischen zu erheben, sieht sich aber außerhalb des alten Kontinentes mit mächtigen Gegnern konfrontiert. Die französischen Bauern, die das Gesetz der Straße über die Gesetze der Zivilisation zu stellen so überaus gewohnt sind, haben ihren Standpunkt denn auch rechtzeitig vor Beginn der Millenniumsrunde der WTO deutlich gemacht. Um jeglichem Mißverständnis zuvor zu kommen, haben sie auf dem Weg nach Paris einige Fast-Food-Restaurants belagert, wozu weniger eine Revolte des guten Geschmacks als vielmehr die transatlantische Herkunft der Fleisches den Anlaß lieferte. Gegen Fleisch

hormonbehandelter Tiere und genmanipulierte Nahrungsmittel sprechen sie sich ebenso treuherzig aus wie gegen zu niedrige Preise und die Bestrafung von Gewalttaten im Zusammenhang mit ihrer berechtigten Empörung – nachdem es, entgegen dem sonst strikt beachteten Brauch, in einem Einzelfall zu einer vorübergehenden Festnahme kam. Wenn nur die Erfahrungen der Vergangenheit nicht lehren würden, daß sich der Dampf, den sie dort machen, europaweit entladen wird! Was heißt da Marktwirtschaft? was Freihandel?

Italien

Euro zahlt sich aus

Die Einführung des Euro hat den italienischen Haushalt spürbar entlastet, indem die Risikoaufschläge auf Staatspapiere nahezu vollständig verschwunden sind. Die Differenz der Zinslast 1998 gegenüber 1996 (als noch die Lira galt) übersteigt den Wert des Sparpaketes, das der deutsche Finanzminister durchbringen will. Dieser Wert hat natürlich nicht allein mit den Prozentpunkten zu tun, um welche die Zinssätze gesunken sind, sondern vor allem mit dem enormen Schuldenstand, auf den die Zinsen zu zahlen sind.

Die Anfangszeit in der Europäischen Währungsunion, als die Skeptiker vor allem die italienische Entwicklung im Auge behielten, überstand das Land nicht zuletzt deshalb ohne größere Einbrüche, weil die Zinsentlastung vorsichtigerweise unterschätzt worden war. Inzwischen wird realistisch gerechnet. Damit einher geht das Risiko, von Zinserhöhungen betroffen zu werden, für die eine solche kalkulatorische Reserve dann fehlt.

Für die Antriebsschwäche des Konjunkturmotors ist übrigens Deutschland mitverantwortlich: als größter Außenwirtschaftspartner mit unzureichender Nachfrage. Die Ankurbelung über den Außenhandel kann derzeit nicht recht gelingen. Deshalb werden, wie früher, Investitionsprogramme gefordert, die hauptsächlich den Nachteil haben, daß sie nicht finanzierbar sind – es sei denn, die Staatsverschuldung werde nicht dem betreffenden Maastricht-Kriterium, sondern zum Beispiel einem Äquivalent des deutschen Verfassungsgebotes unterworfen, wonach die neuen Schulden nicht höher sein dürfen als die Investitionsausgaben. Das Verständnis für solche Forderungen endet im Ausland spätestens dann, wenn nachgeschaut wird, welche Ausgaben in der Vergangenheit als Investitionsausgaben gebucht wurden: Rentenerhöhungen, Gehaltszahlungen im öffentlichen Dienst und so weiter.

Ein Standardwerk neu vorgestellt

BDI-Handbuch der Forschungs- und Innovationsförderung

Hrsg. von Eckart John von Freyend (IVG Holding AG) und Carsten Kreklau (BDI), Deutscher Wirtschaftsdienst, Köln, Loseblattwerk in 3 Ordnern mit CD-ROM. Ca. 3350 Seiten, Grundwerk 248 DM (zur Fortsetzung). ISBN 3-87156-037-5

Wirtschaftsförderung ist ein weites Feld. Wer will nicht die Wirtschaft fördern? Der Bund will es, und die Länder wollen es, und die EU will es natürlich auch. Was soll nicht alles gefördert werden? Notleidende Branchen und aufstrebende Branchen und besonders rückständige oder besonders fortschrittliche Regionen. Wie wird gefördert: ideell und materiell, mit Zuschüssen und Darlehen und Steuerverzicht. Und wer blickt da noch durch? Nicht ohne Grund kursieren Schlagworte wie »Förderdschungel« oder »Subventionitis«.

Forschungs- und Innovationsförderung ist die am wenigsten umstrittene Form der staatlichen Wirtschaftsförderung. Weltweit wird sie betrieben, so daß Unternehmen und Forschungseinrichtungen, die keine Fördermittel beantragen, Wettbewerbsnachteile in Kauf nehmen würden. Das bewährte BDI-Handbuch zur FuE-Förderung bringt Licht in diesen Zweig der Fördertätigkeit von Bund, Ländern und Europäischer Union.

Die Förderprogramme aller Ebenen werden vollständig dokumentiert, systematisch erschlossen und permanent aktualisiert. Für die komfortable Suche liegt dem Handbuch eine CD-ROM bei, die intuitiv und sicher bedienbar ist. Abonnenten erhalten sechsmal jährlich eine Austausch-CD mit jeweils aktualisierter Datenbank und wertvollen Tips, dazu haben sie Zugang zum Förderkalender im Internet, der täglich gepflegt wird. Zur Erleichterung der Antragstellung sind Originalformulare beigelegt.

Außenwirtschaftsbrief 5/1999. Informationen für das erfolgreiche Auslandsgeschäft. Für den Inhalt verantwortlich: Günther Flemming. Köln, Oktober 1999: Deutscher Wirtschaftsdienst.